

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Steffi Lemke, Peter Meiwald, Irene Mihalic, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/12214 –

Umweltkriminalität – Verbrechen an Natur, Umwelt und Mensch

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Natur und Umwelt unseres Planeten sind ein besonderer Schatz für unser Leben mit einem unermesslichen Wert: Wir sind abhängig von sauberem Wasser und Luft, von den Ressourcen der Natur. Laut den Vereinten Nationen hängt das Leben von mehr als 1,6 Milliarden Menschen beispielsweise von intakten Wäldern ab. Auch die Artenvielfalt braucht eine intakte Natur.

Doch den materiellen Teil des Wertes unserer Natur und Umwelt entdecken immer mehr Kriminelle, Wilderer und Schmuggler. Der illegale Handel mit Holz aus (Tropen-)Waldzerstörung, Schmuggel und Handel von seltenen und geschützten Arten, illegaler Bergbau, Raubfischerei sowie Betrug im Emissionshandel nehmen rasant zu. Umweltkriminalität boomt – mit fatalen Folgen: Sie verursacht der internationalen Staatengemeinschaft einen jährlichen finanziellen Schaden von bis zu 258 Mrd. US-Dollar (siehe United Nations Environment Programme (UNEP), 2015: The Rise of Environmental Crime). Das laut INTERPOL und UNEP durch ein globales kriminelles Netzwerk so erbrachte Geld fließt wiederum in die Finanzierung konkreter neuer Verbrechen, von Terror und Krieg. Dazu kommen die in Zahlen nicht zu beziffernden und noch viel gravierenderen Folgen für Umwelt, Natur und Mensch, die schon jetzt massive Auswirkungen auf unser Ökosystem haben und die globale Entwicklungen durch die Klimakrise noch verschärfen werden.

Umweltkriminalität ist in absoluten Zahlen damit inzwischen zum viertgrößten Verbrechen weltweit geworden, die Tendenz ist weiter stark steigend: Das UNEP spricht seit 2014 von einem Anstieg um 26 Prozent, für den illegalen Handel prognostiziert die o. g. Publikation ein jährliches Wachstum von 5 bis 7 Prozent (siehe auch: Die Unterwelt entdeckt die Umwelt, taz.die tageszeitung vom 24. Juni 2016, www.taz.de/!5312677/).

1. Wie viele Delikte von Straftaten gegen die Umwelt gemäß Abschnitt 29 des Strafgesetzbuches (§§ 324 ff. StGB) sind der Bundesregierung bekannt, und wie haben sich diese Fallzahlen in den letzten fünf Jahren jeweils entwickelt (bitte einzeln nach Paragraphen/Straftaten und Jahren aufschlüsseln)?

Die Zahl der Abgeurteilten und Verurteilten wegen Straftaten gegen die Umwelt sowie die verhängten Strafen können der jährlich vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Strafverfolgungsstatistik (Fachserie 10 Reihe 3) entnommen werden. Diese Daten sind in den als Anlage beigefügten Tabellen für die Berichtsjahre von 2011 bis 2015* aufgeschlüsselt dargestellt. Für 2016 liegen noch keine Daten vor.

2. Welche finanziellen Schäden sind der Bundesrepublik Deutschland durch Straftaten gegen die Umwelt gemäß Abschnitt 29 des Strafgesetzbuches (§§ 324 ff. StGB) nach Kenntnis der Bundesregierung entstanden, und welche Entwicklung gab es bei diesen in den letzten fünf Jahren (bitte einzeln nach Bereichen/Paragraphen/Straftaten und Jahren aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

3. Welche Strafen wurden bei den aufgeführten Straftaten gegen die Umwelt gemäß Abschnitt 29 des Strafgesetzbuches (§§ 324 ff. StGB) bei einer Verurteilung ausgesprochen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Strafen hinsichtlich ihrer abschreckenden Wirkung (bitte für die letzten fünf Jahre aufschlüsseln)?

Wegen der ausgesprochenen Strafen wird auf die aus der Strafverfolgungsstatistik entnommenen Angaben zu Frage 1 verwiesen.

Die Bundesregierung hält die in §§ 324 ff. des Strafgesetzbuchs (StGB) vorgesehenen Strafandrohungen für wirksam, abschreckend und verhältnismäßig. Die Strafzumessung im Einzelfall obliegt den unabhängigen Gerichten.

4. Welche Straftaten gegen die Umwelt wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren besonders vermehrt begangen?

Im Zeitraum von 2011 bis 2015 betraf der Schwerpunkt der Verurteilungen Straftaten des unerlaubten Umgangs mit Abfällen gemäß § 326 StGB. Innerhalb der dortigen Deliktsvarianten erfolgten die meisten Verurteilungen aufgrund einer Tat nach § 326 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a StGB (vgl. Anlage in der Antwort zu Frage 1).

5. Wie viele Ermittlungsverfahren entsprechend §§ 324 ff. StGB waren in den letzten fünf Jahren anhängig, und wie viele davon wurden wieder eingestellt?

In der Statistik der Staatsanwaltschaften, die jährlich vom Statistischen Bundesamt herausgegeben wird (Fachserie 10 Reihe 2.6), sind lediglich die Angaben zu den erledigten Verfahren enthalten und zwar insgesamt nach Sachgebieten. Unter Umweltschutzstrafsachen sind:

- für das Berichtsjahr 2015 insgesamt 17 349 erledigte Verfahren erfasst (lfd. Nr. 21);

* Von einer Drucklegung der Anlage wurde abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 18/12432 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

- für das Berichtsjahr 2014 insgesamt 16 596 erledigte Verfahren erfasst (lfd. Nr. 21);
- für das Berichtsjahr 2013 insgesamt 16 412 erledigte Verfahren erfasst (lfd. Nr. 23);
- für das Berichtsjahr 2012 insgesamt 15 831 erledigte Verfahren erfasst (lfd. Nr. 23);
- für das Berichtsjahr 2011 insgesamt 16 691 erledigte Verfahren erfasst (lfd. Nr. 23).

Dabei handelt es sich um die von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht und von der Amtsanwaltschaft erledigten Ermittlungsverfahren. Eine weitere Differenzierung ist nicht möglich. Für 2016 liegen noch keine Daten vor.

6. Welche Entwicklung hinsichtlich der Fallzahlen und der daraus resultierenden finanziellen Schäden erwartet die Bundesregierung hinsichtlich der Straftaten gegen die Umwelt entsprechend StGB/Umweltkriminalität in der Zukunft für die Bundesrepublik Deutschland?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

7. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den jährlichen Umsatz durch Umweltkriminalität weltweit und in Deutschland in den letzten fünf Jahren (bitte nach Bereichen und Jahren aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

8. Über welche Kenntnisse und ggf. Schätzungen über mögliche Folgekosten aufgrund der Zerstörung von Ökosystemen durch Umweltkriminalität verfügt die Bundesregierung (bitte nach Ländern aufschlüsseln und ggf. Spanne angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

9. Welche Rolle spielt die Umweltkriminalität für die Terrorismusfinanzierung weltweit nach Kenntnis der Bundesregierung?

Terroristische Gruppierungen verfügen über eine große Bandbreite an illegalen Finanzierungsmöglichkeiten. Einnahmen aus Umweltkriminalität spielen lediglich eine geringe Rolle und hängen stark von der lokalen Verortung der jeweiligen Terrorgruppe ab. So ist z. B. die illegale Ausbeutung natürlicher Rohstoffe (z. B. Edelsteine, Holzkohle, Elfenbein) meist nur solchen Gruppen möglich, die über eine gefestigte Kontrolle über Regionen mit entsprechendem Rohstoffvorkommen verfügen.

Im Übrigen wird Bezug genommen auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage „Illegaler Wildtierhandel mit Rhinoceros-Horn und Elfenbein“ der Fraktion DIE LINKE. vom 14. September 2016 (Bundestagsdrucksache 18/9624).

10. Ist der Bundesregierung bekannt, ob der sogenannte Islamische Staat sich u. a. durch Taten finanziert, die in diesem Bereich anzusiedeln sind?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

11. Welche Kenntnisse über organisierte Strukturen in der Umweltkriminalität innerhalb von Europa hat die Bundesregierung?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor. Der Bericht von Europol aus dem Jahr 2017 zur Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der Europäischen Union (SOCTA = Serious and Organised Crime Threat Assessment) hebt den illegalen Abfallhandel, der sich zu einer komplexen illegalen Abfallwirtschaft entwickle, und den Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten hervor. Weiterhin wird auf den Bericht über Umweltkriminalität des vom europäischen Netzwerk „Environmental Crime Network“ (EnviCrimeNet) und EUROPOL durchgeführten Projekts „Intelligence Project on Environmental Crime“ (IPEC) vom 20. Februar 2015 verwiesen.

12. Wie schätzt die Bundesregierung die Rolle Deutschlands im Teil dieses globalen Netzwerkes von Umweltkriminalität derzeit und in Zukunft vor dem Hintergrund global steigender Fallzahlen ein?

Aufgrund der zu vermutenden hohen Gewinnmargen ist davon auszugehen, dass Deutschland auch zukünftig ein Ziel organisierter krimineller Aktivitäten im Bereich Umweltkriminalität sein wird.

13. Wie hoch waren die Mittel zur exekutiven Bekämpfung der Umweltkriminalität und des illegalen Handels von geschützten Arten national und international seit dem Jahr 2010 im Bundeshaushalt (bitte nach Posten und Jahren aufschlüsseln)?

Die Bekämpfung von Wilderei und illegalem Handel vor allem mit Elfenbein und Nashornhorn erfolgt über den im Jahr 2013 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung initiierten und seit 2015 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit finanzierten politikfeldübergreifenden Kooperationsfonds (Polifonds) „Wildereibekämpfung“. Dieser hat aktuell ein Gesamtvolumen von 9 Mio. Euro. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit stellt seit 2015 jährlich insgesamt 3 Mio. Euro für Projekte gegen Wilderei und illegalen Handel vor allem mit Elfenbein und Nashornhorn zur Verfügung, welche mehrheitlich über den Polifonds „Wildereibekämpfung“ realisiert werden.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat zur Bekämpfung illegaler Fischerei seit 2010 im Rahmen der technischen und finanziellen Zusammenarbeit rund 25 Mio. Euro bereitgestellt (Schwerpunkt Mauretanien).

Zur Bekämpfung des illegalen Handels von geschützten Arten wurden darüber hinaus vom Bundesamt für Naturschutz folgende Mittel bereitgestellt:

- Bestimmung von Alter und geographischer Herkunft von Elfenbein und anderen tierischen Teilen, z. B. Nashornhorn (Laufzeit: 2010 bis 2016, insgesamt ca. 342 000 Euro; 2010: ca. 52 583 Euro, 2011: 85 859 Euro, 2012: 58 328 Euro, 2013: 59 220 Euro, 2014: 32 701 Euro, 2015: 37 582 Euro, 2016: 74 944 Euro);
- Biosphärenreservate als Modellregionen für Wildereibekämpfung in Afrika (Laufzeit: drei Jahre von 2016 bis 2018, insgesamt: 237 824 Euro; 2016: 52 951 Euro, 2017: 91 898 Euro, 2018: 92 974 Euro);

- Erfassungs- und Dokumentationsstelle Greifvogelverfolgung und Artenschutzkriminalität (EDGAR) (Laufzeit: 1. August 2015 bis 31. August 2018, insgesamt: 149 940 Euro; 2015: 32 240 Euro, 2016: 62 080 Euro, 2017: 52 080 Euro, 2018: 3 540 Euro);
- Stärkung des Bewusstseins für Wildartenkriminalität in der Zivilgesellschaft Deutschlands sowie ausgewählter Herkunfts- und Abnehmerländer (Laufzeit: 1. Mai 17 bis 30. April 2019, insgesamt: Euro 150 000 Euro; 2017: 48 250 Euro, 2018: 74 300 Euro, 2019: 27 450 Euro);
- Reduzierung der Nachfrage in Deutschland nach als Heimtiere gehaltenen und dadurch gefährdeten Arten mit einem Fokus auf Reptilien, Amphibien und kleinen Säugetieren (geplant für 2017: 100 000 Euro, für 2018: 60 000 Euro);
- Workshop zur Unterbringung beschlagnahmter und eingezogener lebender Tiere (geplant für 2017: 4 000 Euro);
- Bekämpfung des illegalen Handels von geschützten Arten als Teil des Vollzugs des Washingtoner Artenschutzübereinkommens: Mittel für sieben auf Dauer eingerichtete Stellen (eine Stelle höherer Dienst, drei Stellen gehobener Dienst, drei Stellen mittlerer Dienst).

Die Überwachung der grenzüberschreitenden Beförderung von Abfällen sowie der Einhaltung der nationalen und internationalen Regelungen zum Schutz von Tieren und Pflanzen ist Aufgabe der Behörden der Zollverwaltung. Die hierfür zuständigen Organisationseinheiten der Zollverwaltung sind zugleich für hierüber hinausgehende Kontrollen und Aufgaben zuständig, weshalb eine konkrete Zuordnung des Personal- und Sachaufwandes im Sinne der Fragestellung nicht erfolgen kann.

14. Wie bewertet die Bundesregierung die finanzielle Ausstattung derjenigen internationalen Organisationen, die Umweltkriminalität international bekämpfen sollen (z. B. INTERPOL, UNEP, WCO, UNODC) in Anbetracht der o. g. Dimension ihrer Aufgabe, und welche strukturellen Defizite sieht die Bundesregierung hier gegebenenfalls?

Die Bundesregierung trägt zur Finanzierung der genannten Organisationen und Einrichtungen bei und setzt sich auf internationaler Ebene dafür ein, eine noch stärker aufgabengerechte Finanzierung zu gewährleisten.

Aufgrund der stark angewachsenen Herausforderungen bei der Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels stellt die Bundesregierung dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zusätzliche Mittel bereit. Ebenso werden zu diesem Zweck für das Jahr 2017 dem Konsortium zur Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels (ICCWC), bestehend aus INTERPOL, UNODC, dem Sekretariat des Washingtoner Artenschutzübereinkommens, der Weltzollorganisation (WCO) und der Weltbank, Mittel zur Verfügung gestellt.

Anhaltspunkte für strukturelle Defizite liegen der Bundesregierung nicht vor.

15. Wie hat die Bundesrepublik Deutschland die im Jahr 2008 verabschiedete EU-Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt umgesetzt, und welche konkreten bundespolitischen Initiativen erfolgten aus dem Inkrafttreten dieser Richtlinie?

Die Richtlinie 2008/99/EG wurde bereits weitgehend durch das Fünfundvierzigste Strafrechtsänderungsgesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2557) in verschiedenen umweltrechtlichen Rechtsvorschriften umgesetzt. Die zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie noch erforderlichen wenigen Anpassungen sollen durch Artikel 7 des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs, des Jugendgerichtsgesetzes, der Strafprozessordnung und weiterer Gesetze (Bundestagsdrucksache 18/11272) erfolgen.

Die Anwendung der Straftatbestände obliegt den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten.

16. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem global deutlichen Anstieg der Umweltkriminalität für ihre Politik (siehe UNEP: The Rise of Environmental Crime, 2015)?

Die Bundesregierung setzt sich auf internationaler Ebene für eine verstärkte Bekämpfung der Umweltkriminalität ein. So hat die Bundesregierung 2017 im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft die Bekämpfung von Korruption im Zusammenhang mit dem illegalen Wildtierhandel auf die Tagesordnung der G20-Arbeitsgruppe gegen Korruption gesetzt und die Erarbeitung von Leitlinien zu dieser Problematik auf den Weg gebracht, die im Juli 2017 dem Hamburger G20-Gipfeltreffen vorgelegt werden sollen.

Auf Initiative der Bundesregierung (in Kooperation mit Gabun) hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 30. Juli 2015 eine Resolution zur Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels verabschiedet (VN-Generalversammlung, Res. 69/314).

Die Bundesregierung setzt sich auf der Ebene des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung für eine verstärkte Bekämpfung illegaler Abfallverbringungen ein.

17. Wo sieht die Bundesregierung Defizite in der Bekämpfung der Umweltkriminalität und des illegalen Handelns in Deutschland und weltweit, und wie soll ihnen begegnet werden?

Die Bundesregierung erachtet die vorhandene deutsche Gesetzgebung zur Bekämpfung von Umweltkriminalität grundsätzlich für ausreichend. Bei Bedarf, beispielsweise in Folge von Umsetzungsbedarf aufgrund internationaler Verpflichtungen und von Deutschland mitgetragener internationaler Beschlüsse, prüft die Bundesregierung Weiterentwicklungen der bestehenden Rechtslage.

Die Anwendung der Straftatbestände obliegt den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten. Die Entdeckung von Umweltkriminalität hängt allerdings in der Regel von behördlichen Ermittlungs- und Überwachungsmaßnahmen ab und setzt somit effektive Kontrollen voraus. Entsprechend weist der im Auftrag von Europol erstellte IPEC-Report darauf hin, dass Kontrolldefizite auch in der Europäischen Union die Bekämpfung von Umweltkriminalität erschweren.

Weltweit sieht die Bundesregierung Defizite in anderen Staaten bei der Bekämpfung des illegalen Handels einschließlich der illegalen Abfallverbringung. Sie setzt sich mit ihrer Arbeit im Rahmen internationaler Konventionen (u. a. CITES, Basler Übereinkommen) und durch Projektfinanzierung für Verbesserungen ein.

18. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der für Umweltkriminalität zuständigen Behörden oder auf EU-Ebene eine gemeinsame Datenbank bzw. einen Datenaustausch zu geahndeten Vorkommnissen im Zusammenhang mit Umweltkriminalität?

Zwischen den zuständigen nationalen Behörden sowie auf Ebene der Europäischen Union werden deliktsspezifische Informationen fall- und anlassbezogen ausgetauscht.

Im Rahmen der Umsetzung des internationalen Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) und seiner Umsetzung in der Europäischen Union durch die Verordnung (EG) Nr. 338/97 bestehen folgende Maßnahmen zum Informations- und Datenaustausch zu geahndeten Vorkommnissen:

- Datenaustausch im Rahmen der CITES-Jahresberichte (nach Artikel VIII Absatz 7 Buchstabe a) und b) CITES) mit Berichten über illegalen Handel an den Außengrenzen Deutschlands sowie über Maßnahmen zur Implementierung von CITES;
- Informationsaustausch auf EU-Ebene in einem Ausschuss nach Artikel 14 Absatz 3 VO (EG) Nr. 338/97 mit halbjährlichen Berichten zu signifikanten Beschlagnahmen / Einziehungen sowie zu signifikanten Entscheidungen bei Verstößen;
- Bericht aller Grenz-Beschlagnahmen an die Datenbank EU-TWIX (ohne personenbezogene Daten).

Bezüglich illegaler Abfallverbringungen besteht gemäß Artikel 51 und Anhang IX der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen eine Berichtspflicht an die Europäische Kommission zu illegalen Abfallverbringungen. Die Daten aus Deutschland sind im Internetauftritt des Umweltbundesamtes verfügbar.

19. Wie bewertet die Bundesregierung die im Herbst 2016 veröffentlichte Ankündigung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, fortan Umweltverbrechen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, und welche Konsequenzen hat das nach Auffassung der Bundesregierung für die Bekämpfung der Umweltkriminalität (siehe „Weltgericht jagt Öko-Verbrecher“, Süddeutsche Zeitung, 17. September 2016)?

Die Bundesregierung kommentiert laufende Ermittlungen der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs nicht.

20. Wie bewertet die Bundesregierung die Erkenntnisse aus dem durch die Europäische Kommission geförderten Projekt „European Union Action to Fight Environmental Crime“ (EFFACE), das im März 2016 seinen Abschlussbericht vorlegte („Environmental Crime and the EU“ Synthesis of the Research Project EFFACE, 2016; siehe http://efface.eu/sites/default/files/publications/EFFACE_synthesis-report_final_online.pdf)?
21. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem politischen Fazit und den Kernempfehlungen der Untersuchungen des EFFACE-Projekts, das Regeln zur Beschlagnahme der Profite aus Umweltkriminalität, offizielle Statistiken und die Anwendung effektiverer Sanktionen in der Europäischen Union fordert, und wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, diese Forderungen umzusetzen (siehe EFFACE: Conclusions and Recommendations via <http://ecologic.eu/de/13606>)?
22. Welche Initiativen zu Richtlinien über die Strafverfolgung und Verhängung von Sanktionen bei Umweltkriminalität wird die Bundesregierung daraus entwickeln, und welcher Art und Wirksamkeit können nicht-bindende Richtlinien der EU, wie sie EFFACE fordert, nach Auffassung der Bundesregierung sein (vgl. ebd.)?

Die Fragen 20 bis 22 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat den Bericht des Forschungsprojekts „European Union Action to Fight Environmental Crime“ (EFFACE) sowie die dazu veröffentlichten Ergebnisse und Politikempfehlungen zur Kenntnis genommen. Diese können bei zukünftigen Diskussionen über weitere Entwicklungen bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität eine wertvolle Stütze sein.

23. Wie möchte die Bundesregierung nationale und europäische Behörden, die Umweltkriminalität untersuchen, verfolgen und bekämpfen (z. B. EUROJUST, EUROPOL, Zoll), in ihrem Wirken in Anbetracht steigender Fallzahlen zusätzlich unterstützen?

Deutschland setzt sich als Mitglied von EUROJUST und EUROPOL kontinuierlich für eine aufgabengerechte Ausstattung nationaler und europäischer Behörden ein und unterstützt das europäische Netzwerk von Umweltvollzugsbehörden IMPEL, in dem u. a. gemeinsame Kontrollen grenzüberschreitender Abfallverbringungen organisiert sowie vorbildliche Verfahren bzw. praktische Arbeitshilfen zum Umweltrechtsvollzug ausgetauscht bzw. erarbeitet werden.

Die Zollverwaltung arbeitet vertrauensvoll mit den für die Umsetzung der einschlägigen Gesetze zuständigen Stellen wie dem Bundesamt für Naturschutz und den Landesbehörden zusammen. Aufgabenzuwachs im genannten Bereich wird durch Priorisierung und intensive Kooperation mit anderen betroffenen Stellen ausgeglichen.

Die Bundesregierung befürwortet, dass die Bekämpfung von Umweltkriminalität ein Schwerpunkt in der Arbeit der Europäischen Union werden soll (EU Policy Cycle 2018-2021).

Anlage

§§ 324 ff StGB - Berichtsjahr 2011

Stand: Mai 2017

		Abgeurteilte insgesamt	Verurteilte insgesamt	Von den Verurteilten erhielten als schwerste Strafe Freiheitsstrafe						
				unter 6 Monate			6 Monate			
				nach allg. Strafrecht	insgesamt	darunter Strafaus- setzung	zusammen	darunter Strafaus- setzung	zusammen	darunter Strafaus- setzung
StGB § 324 Abs. 1	m	139	83	82	0	0	0	0	0	0
	w	5	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	144	85	84	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 Abs. 3	m	103	74	74	3	2	2	2	0	0
	w	6	5	5	0	0	0	0	0	0
	i	109	79	79	3	2	2	2	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 1	m	42	28	28	0	0	0	0	0	0
	w	2	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	44	29	29	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 2	m	10	8	8	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	10	8	8	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 3	m	35	24	24	1	1	0	0	1	1
	w	5	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	40	26	26	1	1	0	0	1	1
StGB § 325 Abs. 1	m	4	3	3	0	0	0	0	0	0
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	5	3	3	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 2	m	2	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	3	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 325 a Abs. 1	m	4	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	5	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 325 a Abs. 3 Nr. 1	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 1	m	141	51	49	0	0	0	0	0	0
	w	8	4	4	0	0	0	0	0	0
	i	149	55	53	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 2	m	222	170	170	7	7	2	2	1	1
	w	9	6	6	0	0	0	0	0	0
	i	231	176	176	7	7	2	2	1	1
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 a	m	625	483	480	14	12	4	4	6	5
	w	79	59	59	1	1	1	1	0	0
	i	704	542	539	15	13	5	5	6	5
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 b	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 326 Abs. 2	m	10	10	10	0	0	0	0	0	0
	w	3	3	3	0	0	0	0	0	0
	i	13	13	13	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 5 Nr. 1	m	96	73	73	0	0	0	0	0	0
	w	14	11	11	0	0	0	0	0	0
	i	110	84	84	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 1	m	4	2	2	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	2	2	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 1	m	47	31	31	2	2	1	1	1	1
	w	1	1	1	1	1	0	0	0	0
	i	48	32	32	3	3	1	1	1	1
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 2	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 3	m	20	8	8	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	21	9	9	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 3 Nr. 2	m	9	6	6	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	9	6	6	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 1 Nr. 1	m	2	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	2	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 328 Abs. 1 Nr. 2	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 328 Abs. 3 Nr. 2	m	2	2	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	2	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 5	m	3	3	3	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	3	3	0	0	0	0	0	0
StGB § 329 Abs. 1	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	2	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 329 Abs. 3 Nr. 2	m	2	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 1	m	6	5	4	3	3	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	6	5	4	3	3	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 2	m	1	1	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	1	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 4	m	1	1	1	1	1	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	1	1	0	0	0	0
StGB § 330 a Abs. 1	m	4	1	1	1	0	0	0	1	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	1	1	1	0	0	0	1	0

§§ 324 ff StGB - Berichtsjahr 2011

Stand: Mai 2017

Von den Verurteilten erhielten als schwerste Strafe						
Freiheitsstrafe	Strafarrest	Geldstrafe			Geldstrafe neben oder i.V.m. Freiheitsstrafe	
lebenslange	insgesamt	darunter mit Strafaussetzung	insgesamt	darunter nach § 59b StGB		
0	0	0	82	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	84	0	0	0
0	0	0	71	0	0	0
0	0	0	5	0	0	0
0	0	0	76	0	0	0
0	0	0	28	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	29	0	0	0
0	0	0	8	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	8	0	0	0
0	0	0	23	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	25	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	49	1	0	0
0	0	0	4	0	0	0
0	0	0	53	1	0	0
0	0	0	163	0	0	0
0	0	0	6	0	0	0
0	0	0	169	0	0	0
0	0	0	466	0	0	0
0	0	0	58	0	0	0
0	0	0	524	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	10	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
0	0	0	13	0	0	0
0	0	0	73	0	0	0
0	0	0	11	0	0	0
0	0	0	84	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	29	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	29	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	8	1	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	9	1	0	0
0	0	0	6	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	6	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0

§§ 324 ff StGB - Berichtsjahr 2012

Stand: Mai 2017

		Von den Verurteilten erhielten als schwerste Strafe Freiheitsstrafe								
		Abgeurteilte insgesamt	Verurteilte insgesamt	unter 6 Monate			6 Monate			
				nach allg. Strafrecht	insgesamt	darunter Strafaus- setzung	zusammen	darunter Strafaus- setzung	zusammen	darunter Strafaus- setzung
StGB § 324 Abs. 1	m	105	56	55	3	2	1	0	0	0
	w	7	3	3	0	0	0	0	0	0
	i	112	59	58	3	2	1	0	0	0
StGB § 324 Abs. 3	m	101	70	70	2	2	1	1	1	1
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	102	70	70	2	2	1	1	1	1
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 1	m	41	32	32	3	3	1	1	0	0
	w	2	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	43	32	32	3	3	1	1	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 2	m	5	4	4	0	0	0	0	0	0
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	6	4	4	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 3	m	34	23	23	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	35	24	24	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 1	m	4	2	2	0	0	0	0	0	0
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	5	2	2	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 3	m	2	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 1	m	100	46	46	3	3	1	1	0	0
	w	7	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	107	48	48	3	3	1	1	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 2	m	189	155	155	5	5	2	2	2	2
	w	14	9	9	0	0	0	0	0	0
	i	203	164	164	5	5	2	2	2	2
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 3	m	8	5	5	1	1	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	8	5	5	1	1	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 a	m	549	411	410	6	6	1	1	3	3
	w	68	55	55	2	2	1	1	0	0
	i	617	466	465	8	8	2	2	3	3
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 b	m	18	13	13	0	0	0	0	0	0
	w	4	3	3	0	0	0	0	0	0
	i	22	16	16	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 1	m	19	13	13	0	0	0	0	0	0
	w	2	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	21	14	14	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 3	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 326 Abs. 5 Nr. 1	m	88	72	72	1	1	0	0	1	1
	w	12	11	11	0	0	0	0	0	0
	i	100	83	83	1	1	0	0	1	1
StGB § 326 Abs. 5 Nr. 2	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 1	m	11	4	4	1	1	0	0	0	0
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	12	4	4	1	1	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 2	m	4	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 1	m	57	33	33	1	1	0	0	0	0
	w	7	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	64	35	35	1	1	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 3	m	42	28	28	11	11	4	4	2	2
	w	3	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	45	30	30	11	11	4	4	2	2
StGB § 327 Abs. 3 Nr. 1	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 3 Nr. 2	m	9	8	8	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	9	8	8	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 1 Nr. 1	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 5	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 329 Abs. 3 Nr. 2	m	2	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 1	m	4	4	3	2	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	4	3	2	0	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 4	m	3	3	3	2	2	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	3	3	2	2	0	0	0	0

§§ 324 ff StGB - Berichtsjahr 2012

Stand: Mai 2017

Von den Verurteilten erhalten als schwerste Strafe						
Freiheitsstraf	Strafarrest	Geldstrafe			Geldstrafe neben oder i.V.m. Freiheitsstrafe	
lebenslange	insgesamt	darunter mit Strafaussetzung	insgesamt	darunter nach § 59b StGB		
0	0	0	52	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
0	0	0	55	0	0	0
0	0	0	68	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	68	0	0	0
0	0	0	29	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	29	0	0	0
0	0	0	4	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	4	0	0	0
0	0	0	23	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	24	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	43	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	45	0	0	0
0	0	0	150	1	0	0
0	0	0	9	0	0	0
0	0	0	159	1	0	0
0	0	0	4	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	4	0	0	0
0	0	0	404	2	0	0
0	0	0	53	0	0	0
0	0	0	457	2	0	0
0	0	0	13	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
0	0	0	16	0	0	0
0	0	0	13	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	14	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	71	0	0	0
0	0	0	11	0	0	0
0	0	0	82	0	0	0
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-
0	0	0	3	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	3	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	32	1	1	1
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	34	1	1	1
0	0	0	17	0	0	0
0	0	0	2	0	0	0
0	0	0	19	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	8	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	8	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	1	0	0	0

§§ 324 ff StGB - Berichtsjahr 2013

Stand: Mai 2017

		Von den Verurteilten erhielten als schwerste Strafe Freiheitsstrafe									
		Abgeurteilte insgesamt	Verurteilte insgesamt	unter 6 Monate			6 Monate				
				nach allg. Strafrecht	insgesamt	darunter Strafaussetzung	zusammen	darunter Strafaussetzung	zusammen	darunter Strafaussetzung	
StGB § 324 Abs. 1	m	74	43	41	2	2	1	1	1	1	1
	w	8	7	6	1	1	1	1	1	1	0
	i	82	50	47	3	3	2	2	1	1	1
StGB § 324 Abs. 3	m	78	57	57	0	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	i	79	58	58	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 1	m	44	27	27	0	0	0	0	0	0	0
	w	5	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	i	49	29	29	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 2	m	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 3	m	31	18	18	0	0	0	0	0	0	0
	w	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	i	33	20	20	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 1	m	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 3	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 a Abs. 1	m	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 1	m	80	37	36	0	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0
	i	81	38	37	1	1	1	1	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 2	m	197	164	164	4	4	1	1	0	0	0
	w	8	5	5	0	0	0	0	0	0	0
	i	205	169	169	4	4	1	1	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 3	m	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 a	m	558	429	429	12	11	5	5	3	3	3
	w	70	53	53	0	0	0	0	0	0	0
	i	628	482	482	12	11	5	5	3	3	3
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 b	m	34	24	24	1	1	1	1	0	0	0
	w	8	7	7	0	0	0	0	0	0	0
	i	42	31	31	1	1	1	1	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 1	m	51	40	40	0	0	0	0	0	0	0
	w	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	i	53	42	42	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 2	m	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 3	m	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	i	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 326 Abs. 5 Nr. 1	m	110	93	93	2	2	1	1	0	0	0
	w	9	6	6	0	0	0	0	0	0	0
	i	119	99	99	2	2	1	1	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 1	m	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 2	m	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 1	m	58	34	34	2	2	1	1	0	0	0
	w	6	3	3	0	0	0	0	0	0	0
	i	64	37	37	2	2	1	1	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 3	m	16	12	12	0	0	0	0	0	0	0
	w	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	i	18	13	13	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 3 Nr. 2	m	5	4	4	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	5	4	4	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 1 Nr. 1	m	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	i	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 328 Abs. 3 Nr. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 329 Abs. 3 Nr. 2	m	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	i	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 1	m	4	4	3	2	1	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	4	3	2	1	0	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 4	m	2	2	2	2	2	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	2	2	2	2	0	0	0	0	0
StGB § 330 a Abs. 1	m	5	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-
	i	6	2	-	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 330 a Abs. 4	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0

§§ 324 ff StGB - Berichtsjahr 2014

Stand: Mai 2017

		Von den Verurteilten erhielten als schwerste Strafe Freiheitsstrafe								
		Abgeurteilte insgesamt	Verurteilte insgesamt	unter 6 Monate				6 Monate		
				nach allg. Strafrecht	insgesamt	darunter Strafaussetzung	zusammen	darunter Strafaussetzung	zusammen	darunter Strafaussetzung
	m	76	36	36	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 Abs. 1	w	4	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	80	37	37	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 Abs. 3	m	78	54	54	0	0	0	0	0	0
	w	4	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	82	56	56	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 1	m	35	18	18	0	0	0	0	0	0
	w	4	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	39	20	20	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 2	m	8	6	6	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	9	7	7	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 3	m	24	19	19	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	24	19	19	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 1	m	6	2	2	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	7	3	3	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 3	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 1	m	89	34	34	0	0	0	0	0	0
	w	9	4	4	0	0	0	0	0	0
	i	98	38	38	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 2	m	227	168	167	12	12	3	3	7	7
	w	13	8	8	0	0	0	0	0	0
	i	240	176	175	12	12	3	3	7	7
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 3	m	2	2	2	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	3	3	3	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 a	m	556	445	444	11	10	3	3	2	2
	w	58	50	50	1	1	0	0	0	0
	i	614	495	494	12	11	3	3	2	2
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 b	m	36	24	24	0	0	0	0	0	0
	w	5	3	3	0	0	0	0	0	0
	i	41	27	27	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 1	m	56	48	48	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	56	48	48	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 2	m	2	2	2	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	3	3	3	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 3	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 326 Abs. 5 Nr. 1	m	104	86	86	0	0	0	0	0	0
	w	7	6	6	0	0	0	0	0	0
	i	111	92	92	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 1	m	7	2	2	1	1	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	7	2	2	1	1	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 2	m	1	1	1	1	1	0	0	1	1
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	1	1	0	0	1	1
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 1	m	59	36	35	1	1	0	0	0	0
	w	6	6	6	0	0	0	0	0	0
	i	65	42	41	1	1	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 2	m	2	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 3	m	25	17	17	1	1	0	0	1	1
	w	2	2	2	0	0	0	0	0	0
	i	27	19	19	1	1	0	0	1	1
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 4	m	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 327 Abs. 3 Nr. 2	m	5	4	4	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	5	4	4	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 1 Nr. 1	m	2	2	2	1	1	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	3	3	3	1	1	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 1 Nr. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 3 Nr. 1	m	3	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 3 Nr. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 5	m	4	2	2	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	2	2	0	0	0	0	0	0
StGB § 329 Abs. 1	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 329 Abs. 3 Nr. 7	m	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 1	m	6	3	2	2	2	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	6	3	2	2	2	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 4	m	2	2	2	2	1	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	2	2	2	1	0	0	0	0
StGB § 330 Abs. 2 Nr. 2	m	1	0	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 330 a Abs. 5	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0

§§ 324 ff StGB - Berichtsjahr 2015

Stand: Mai 2017

		Von den Verurteilten erhielten als schwerste Strafe Freiheitsstrafe									
		Abgeurteilte insgesamt	Verurteilte insgesamt	unter 6 Monate			6 Monate				
				nach allg. Strafrecht	insgesamt	darunter Strafaus- setzung	zusammen	darunter Strafaus- setzung	zusammen	darunter Strafaus- setzung	
StGB § 324 Abs. 1	m	97	59	59	2	2	1	1	1	1	1
	w	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	i	99	60	60	2	2	1	1	1	1	1
StGB § 324 Abs. 3	m	77	52	52	0	0	0	0	0	0	0
	w	3	3	3	0	0	0	0	0	0	0
	i	80	55	55	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 1	m	43	23	23	3	2	1	0	0	0	0
	w	5	2	2	1	1	0	0	1	1	1
	i	48	25	25	4	3	1	0	1	1	1
StGB § 324 a Abs. 1 Nr. 2	m	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	2	2	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 324 a Abs. 3	m	16	9	9	0	0	0	0	0	0	0
	w	4	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	i	20	10	10	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 Abs. 1	m	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 325 a Abs. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 1	m	131	76	75	0	0	0	0	0	0	0
	w	9	3	3	0	0	0	0	0	0	0
	i	140	79	78	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 2	m	206	151	151	5	4	1	1	3	2	2
	w	16	9	9	0	0	0	0	0	0	0
	i	222	160	160	5	4	1	1	3	2	2
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 3	m	3	3	3	0	0	0	0	0	0	0
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	3	3	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 a	m	495	390	389	3	1	1	0	1	1	1
	w	70	59	59	0	0	0	0	0	0	0
	i	565	449	448	3	1	1	0	1	1	1
StGB § 326 Abs. 1 Nr. 4 b	m	31	18	18	0	0	0	0	0	0	0
	w	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	i	35	20	20	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 1	m	62	40	39	0	0	0	0	0	0	0
	w	3	3	3	0	0	0	0	0	0	0
	i	65	43	42	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 2 Nr. 2	m	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 5 Nr. 1	m	128	115	115	0	0	0	0	0	0	0
	w	22	20	20	0	0	0	0	0	0	0
	i	150	135	135	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 326 Abs. 5 Nr. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 1	m	10	3	3	0	0	0	0	0	0	0
	w	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	11	3	3	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 1 Nr. 2	m	5	3	3	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	5	3	3	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 1	m	39	21	21	4	4	0	0	1	1	1
	w	5	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	i	44	23	23	4	4	0	0	1	1	1
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 2	m	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 2 Nr. 3	m	26	14	14	0	0	0	0	0	0	0
	w	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	i	28	16	16	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 327 Abs. 3 Nr. 2	m	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 328 Abs. 5	m	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0
StGB § 329 Abs. 3 Nr. 1	m	0	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	1	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	i	1	0	-	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 329 Abs. 3 Nr. 2	m	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	w	0	0	-	-	-	-	-	-	-	-
	i	2	0	-	-	-	-	-	-	-	-
StGB § 330 Abs. 1 Nr. 1	m	4	2	0	0	0	0	0	0	0	0
	w	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0
	i	5	3	1	1	1	0	0	0	0	0
StGB § 330 a Abs. 1	m	3	1	1	1	1	0	0	0	0	0
	w	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	i	3	1	1	1	1	0	0	0	0	0

Abgeurteilte: Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen worden sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus Personen, gegen die andere Entscheidungen (u.a. Einstellung, Freispruch) getroffen wurden. Bei der Aburteilung von Angeklagten, die in Tateinheit (§ 52 StGB) oder Tatmehrheit (§ 53 StGB) mehrere Strafvorschriften verletzt haben, ist nur der Straftatbestand statistisch erfasst, der nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist. Insbesondere bei verhängten Gesamtstrafen für in Tatmehrheit begangene Straftaten kann das nachgewiesene Strafmaß höher liegen, als dies die Strafbestimmungen für die statistisch erfasste schwerste Straftat vorsehen. Werden mehrere Straftaten der gleichen Person in mehreren Verfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Strafverfahren gesondert gezählt.

Verurteilte: Verurteilte sind Angeklagte, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe, Strafhaft oder Geldstrafe (auch durch einen rechtskräftigen Strafbefehl) verhängt worden ist, oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßnahmen geahndet wurde. Verurteilt werden kann nur eine Person, die im Zeitpunkt der Tat strafmündig, d. h. 14 Jahre oder älter, war. Als früher Verurteilte gelten Personen, die in einem früheren Verfahren wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens rechtskräftig zu Freiheitsstrafe, Strafhaft, Geldstrafe oder Jugendstrafe verurteilt wurden (vorausgesetzt, dass die Eintragung über die Verurteilung noch nicht gemäß § 45 ff. des Bundeszentralregistergesetzes getilgt ist).

